



AUSGABE 117
März 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

Perspektiven für die Hochschulen in Deutschland

HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGSANSÄTZE IN DER
AKTUELLEN DEBATTE

Norbert Arnold

Die Hochschulen bilden die tragende Säule des deutschen Wissenschaftssystems. Im Hinblick auf ihre vielfältigen und wachsenden Aufgaben bedürfen sie einer finanziellen und strukturellen Stärkung. Das vorliegende Papier enthält dazu Anregungen.

Bezüglich der Ziele gibt es weitgehende Übereinstimmung; die Wege zur Zielerreichung werden jedoch kontrovers diskutiert. Der nachfolgende Text spiegelt Zwischenergebnisse, aber keine Endergebnisse wider und ist daher als ein Beitrag in einer noch andauernden, offenen Diskussion zu verstehen.

Ein Gesprächskreis „Forschungsperspektive 2020“ mit renommierten Experten aus Politik, Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen diskutierte in der Konrad-Adenauer-Stiftung über die künftige Entwicklung des Wissenschaftssystems und besonders der Hochschulen in Deutschland. Im Folgenden sind die Ergebnisse der beiden Gesprächsrunden (17.08.2012 und 18.01.2013) zusammengefasst.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Norbert Arnold
Leiter Team Gesellschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 04
E-Mail: norbert.arnold@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-51-4



INHALT

3 | FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

3 | STÄRKUNG DES AKADEMISCHEN MITTELBAUS

4 | SITUATION DER HOCHSCHULLEHRER

4 | ZUKUNFT DER HOCHSCHULEN

5 | VERBESSERUNG DER FINANZIERUNG

5 | EXZELLENZWETTBEWERB UND DIE FÖRDERUNG GUTER QUALITÄT

6 | MODERNISIERUNG DES WISSENSCHAFTSSYSTEMS

7 | WISSENSCHAFTSPOLITIK IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG



FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

Die Qualität von Wissenschaft und Forschung hängt von der Leistungsfähigkeit der Wissenschaftler ab. Deshalb kommt der Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eine besondere Bedeutung zu. Die Studierendenquote liegt in Deutschland inzwischen bei über 40 Prozent und hat damit ein mit anderen OECD-Ländern vergleichbares Niveau erreicht.

Durch die *Bologna-Reform* wurden erste Schritte zu einer Internationalisierung der Studiengänge getan, so dass die Grundlage für Flexibilität und Mobilität über Landesgrenzen hinweg geschaffen wurde. Der Bologna-Prozess muss unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen in geeigneter Weise weitergeführt werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Noch wird der Bachelor-Abschluss als erster berufsqualifizierender Abschluss nicht immer in ausreichendem Maße anerkannt. Dies gilt besonders für die Naturwissenschaften, in denen der Master-Abschluss und die anschließende Promotion in vielen Fällen notwendiger Standard sind. Obwohl es kein der Bologna-Reform zuwiderlaufender Bachelor-Master-Automatismus geben sollte, müssen für qualifizierte Nachwuchswissenschaftler ausreichend *Masterstudien- und Promotionsplätze* zur Verfügung stehen, um ausreichend wissenschaftliche Fachkräfte zu generieren.

Das Prinzip der Bestenauslese muss für die gesamte akademische Ausbildung gelten. Nachwuchswissenschaftler benötigen frühzeitig erkennbare, transparente *Karrierewege*, so dass eine verantwortliche Planung möglich wird. Neben der akademischen Laufbahn, die auch künftig nur relativ wenige Arbeitsplätze zur Verfügung stellen wird, müssen alternative Perspektiven, etwa in Unternehmen oder in der Verwaltung, eröffnet werden. Eine verantwortliche Innovationspolitik sorgt dafür, dass die Potenziale, die durch die – teure und aufwendige – akademische Ausbildung aufgebaut werden, durch eine ausreichende Anzahl angemessener Arbeitsplätze genutzt werden können. Dabei ist nicht nur die monetäre, sondern auch die gesellschaftliche Rendite entscheidend. Neben einer angemessenen Zahl von Arbeitsplätzen – auch im Mittelbau – an Hochschulen, sollten die Karriereperspektiven außerhalb der Hochschulen verbessert werden.

Die akademische Ausbildung orientiert sich vor allem an einer späteren Tätigkeit als Wissenschaftler; die Vorbereitung auf Tätigkeiten außerhalb der Hochschulen und außerhalb der Forschung sollte jedoch nicht vernachlässigt werden.

Die Hochschulen sind die zentrale Einrichtung der akademischen Ausbildung und damit der *Regeneration des Wissenschaftssystems*. Ihnen kommt eine besondere Verantwortung für Nachwuchswissenschaftler zu. Eine *systematische Personalpolitik der Hochschulen* muss am Ende der Postdoc-Zeit beginnen.

Das *Tenure Track*-System nach angelsächsischem Vorbild stellt eine gute Möglichkeit der frühzeitigen Karriereförderung und -planung dar. Ein Großteil der Juniorprofessoren (FU Berlin: 85 Prozent) erreichen eine Professur – entweder an der ausbildenden oder einer fremden Universität. Dies zeigt, dass *Tenure Track* ein geeignetes Instrument ist. Das Hausberufungsverbot muss gelockert werden, um die Möglichkeiten des *Tenure Track*-Systems ausreichend nutzen zu können. In Deutschland gibt es für diejenigen, die trotz guter Leistungen keine Professur erreichen, zu wenig Alternativen an Hochschulen. Um dieses – auch für das Wissenschaftssystem nachteilige – Defizit zu beseitigen, muss der akademische Mittelbau gestärkt werden.

STÄRKUNG DES AKADEMISCHEN MITTELBAUS

Über 80 Prozent der Stellen im akademischen Mittelbau an Hochschulen in Deutschland sind zeitlich befristet. Von diesen *befristeten Stellen* hat rund die Hälfte eine Laufzeit von unter einem Jahr. Diese Situation stellt für die Betroffenen eine hohe Belastung dar und hemmt die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, da die kurze Taktung oft nicht mit der Laufzeit von Forschungsprojekten übereinstimmt. Vor diesem Hintergrund dürfen unbefristete Stellen im akademischen Mittelbau – vor allem wenn sie nicht mehr in die Phase der akademischen Qualifizierung fallen – nicht mehr länger in der wissenschaftspolitischen Diskussion tabuisiert werden. Die im *Wissenschaftszeitvertragsgesetz* festgelegte Höchstdauer für befristete Verträge von zweimal sechs Jahren sollte überdacht werden.

Neben mehr professoralen Positionen, einem effektiven *Tenure Track*-System können mehr unbefristete Stellen im Mittelbau zur *Attraktivität von Hochschulen* und damit zu ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Im Vergleich mit anderen Ländern, etwa den USA, könnten so die Beschäftigungsbedingungen an deutschen Hochschulen deutlich verbessert werden. Hochqualifizierte Wissenschaftler könnten dadurch stärker an die Hochschulen gebunden werden. Wissenschaftler, die trotz guter Ergebnisse keine Chance auf eine (der knappen) Professorenstellen haben, sollten eine Chance auf eine *unbefristete Stelle im akademischen Mittelbau* erhalten. Dies würde zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität des deutschen Wissenschaftssystems beitragen. Solche Positionen im akademischen Mittelbau könnten etwa verstärkt in der Lehre – in engem Kontakt mit der Forschung – eingesetzt werden.



Die Stärkung des akademischen Mittelbaus betrifft in erster Linie die Universitäten und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, nicht aber die *Fachhochschulen*, die ihr Personal in erster Linie aus der Wirtschaft rekrutieren und daher auf eine eigene Karriereentwicklung von Nachwuchswissenschaftlern innerhalb der Fachhochschulen verzichten können.

Über die genaue inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Stellen in einem gestärkten akademischen Mittelbau muss eine Debatte in Politik und Wissenschaft in Gang gesetzt werden. Zwischen „befristet“ und „lebenslang“ gibt es geeignete Variationsmöglichkeiten, die durchdacht werden sollten.

SITUATION DER HOCHSCHULLEHRER

Auch auf der Professorebene muss es deutschen Hochschulen stärker als bisher gelingen, qualifizierte Wissenschaftlerpersönlichkeiten zu gewinnen. Hierfür bedarf es neuer Strategien. Im internationalen Vergleich sind die Gehälter an deutschen Hochschulen zu niedrig. Durch eine *Flexibilisierung der Besoldungsstruktur* könnte die Attraktivität verbessert werden. Die Verbeamtung von Professoren stellt dagegen ein Vorteil bei Berufungsverfahren dar. Nachteilig macht sie sich allerdings bemerkbar, weil *Leistungsanreize und Leistungskontrollen* bei einer Verbeamtung auf Lebenszeit schwierig sind: Ressourcen bleiben gebunden, auch wenn die erwarteten Leistungen nicht mehr erbracht werden.

Nebentätigkeiten stehen einer Konzentration auf Forschungsaufgaben entgegen. Anreize für Nebentätigkeiten sollten daher reduziert werden. Bei der Einwerbung von Drittmitteln sollte den Drittmittelgebern die Möglichkeit eröffnet werden, auch Gehaltsbestandteile zu bezahlen.

Die Belastung von Professoren durch *Verwaltungsaufgaben* sollte reduziert werden, etwa durch eine neue Aufgabenverteilung an Hochschulen, indem Administration stärker als bisher zentralisiert und durch nicht-wissenschaftliches Personal übernommen wird.

Unter anderem durch den Bologna-Prozess ist die Lehrbelastung von Professoren gestiegen. Zugleich wird die *Lehre* nicht in ausreichendem Maße honoriert. Gute Leistung in der Lehre muss stärker belohnt werden; *wettbewerbliche Anreizsysteme* – indem etwa Finanzmittel an die erfolgreiche Rekrutierung begabter Studierende gekoppelt wird – könnten dazu beitragen, die Lehre zu verbessern. Einen Teil der Lehre durch qualifizierte Wissenschaftler aus dem akademischen Mittelbau übernehmen zu lassen, wäre ein Weg, Professoren zu entlasten. Schließlich könnte eine stärkere

Flexibilisierung durch die Einführung von „*Fakultätsdeputaten*“ erreicht werden.

ZUKUNFT DER HOCHSCHULEN

Die Hochschulen bilden die wichtigste Säule des Wissenschaftssystems und tragen durch Lehre in Verbindung mit Forschung wesentlich zu seiner „Regeneration“ bei. Forschung und Lehre müssen gleichermaßen gefördert werden, damit die Hochschulen leistungsfähig bleiben. Derzeit entsteht der Eindruck, *Forschung und Lehre* seien aus dem Gleichgewicht geraten. Der Schwerpunkt liegt sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch des Renommées auf der Forschung, mit der Folge, dass es in der Lehre deutlichen Verbesserungsbedarf gibt, zumal die Studierendenzahlen in den letzten Jahren stark angestiegen sind.

Hinzu kommt, dass auch die Wissenschaftsverwaltung, der bisher meistens zu wenig Beachtung geschenkt wurde, professionalisiert werden muss, um die Effizienz der Hochschulen zu verbessern und ihre Leistungsfähigkeit und Attraktivität zu steigern. Die vielfach geforderte größere Autonomie für Hochschulen setzt *ein professionelles Management* voraus.

Auch die bisherigen *Fakultäts- und Lehrstuhlstrukturen* müssen hinterfragt werden. Die Einrichtung von *Departments* und die Stärkung interdisziplinärer Forschungseinheiten erweisen sich als effizient und effektiv.

Weiterhin könnten mehr professorale Positionen – an den Universitäten in Deutschland sind rund 30.000 Professoren tätig, an Fachhochschulen ca. 15.000 – sowie ein stärkerer akademischer Mittelbau die Leistungsfähigkeit der Hochschulen verbessern.

Die Beiträge der *Fachhochschulen im Wissenschaftssystem*, insbesondere ihre *Ausbildungsleistung*, sollten stärker gewürdigt werden. Auch in der Forschung sind einige Fachhochschulen aktiv; von den 15.000 Fachhochschul-Professoren engagieren sich ca. 5.000 in der Forschung. Die verbreitete Sicht, Universitäten und Fachhochschulen spielten in unterschiedlichen Ligen, sind im Hinblick auf die Ausdifferenzierungen kaum haltbar; Universitäten und Fachhochschulen sollten vielmehr in einen gemeinsamen Wettbewerb eintreten. Eine Ausweitung des Promotionsrechts etwa auf Fachhochschulen wird von vielen Fachleuten kritisch bewertet; es sollte zumindest nur jenen Einrichtungen eingeräumt werden, die sich in der Forschung engagieren.

Im Gegensatz etwa zum amerikanischen Hochschulsystem, in dem die Qualitätsniveaus der verschiedenen Hochschulen offenkundig sind und als solche transparent kommuniziert



werden, wird im deutschen Hochschulsystem vom Ideal der grundsätzlichen qualitativen Gleichheit aller Hochschulen ausgegangen. Dabei könnten eine *stärkere Differenzierung* und eine dementsprechende *differentielle Förderung* der unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und der jeweiligen Stärken zu Vorteilen sowohl für die Hochschulen als auch für das deutsche Hochschulsystem insgesamt führen. Sowohl Spitzenförderung als auch Breitenförderung sind notwendig.

VERBESSERUNG DER FINANZIERUNG

Die *Anforderungen an die Universitäten* haben in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen, ohne dass die finanziellen Mittel in gleichem Maße aufgestockt wurden: Seit 1990 ist die Anzahl der Studierenden um 27 Prozent gestiegen, die Grundfinanzierung jedoch nur um 10 Prozent. Eine Anpassung der Finanzierung ist daher dringend notwendig, um die Funktionalität sicherzustellen. Dabei darf nicht nur die Forschung berücksichtigt werden; auch die Lehre, der Hochschulbau und die Infrastruktur müssen finanziell besser ausgestattet werden.

Drittmittel und Grundfinanzierung sind nicht funktionsäquivalent. Ein leistungsorientierter und -fördernder Wettbewerb um Drittmittel setzt eine ausreichende Grundmittelfinanzierung voraus. Eine unzureichende Grundfinanzierung hemmt die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion; sie treibt Forschung in Großprojekte und macht sie teurer als es sein müsste. Sie führt außerdem zu Fehlanreizen in der Forschung, da sie kurzfristige, schnell zu Ergebnissen führende Forschungsprojekte bevorzugt und langfristige Projekte, bei denen mit schnellen Ergebnissen nicht zu rechnen ist, benachteiligt.

Vor diesem Hintergrund ist eine für die Universitäten *verlässlich planbare Erhöhung der Grundfinanzierung* dringend geboten. Die im Wettbewerb um die besten Projekte vergebenen Drittmittel sollten außerdem durch einen von derzeit 20 Prozent auf 40 Prozent erhöhten *Overhead* ergänzt werden. Ziel ist eine Vollkostenfinanzierung der Forschung. Die finanzielle Ausstattung der Universitäten sollte sich dabei an einem internationalen Niveau orientieren.

Die knappen finanziellen Mittel müssen effizient eingesetzt werden. Strukturelle Veränderungen könnten die Effektivität steigern. Dazu gehören der leistungsorientierte Wettbewerb innerhalb der Hochschulen, so dass gute Forschungsprojekte und Leistungsträger weiter finanziell gestärkt werden, die Verbesserung der Verwaltung sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Studiengebühren sind in Deutschland ein besonders brisantes gesellschaftspolitisches Reizthema. Während die meisten Fachleute sie alleine schon aus ordnungspolitischen Gründen, aber auch als wirksamer Beitrag zur Finanzierung der Lehre gutheißen, stoßen sie in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend auf Ablehnung, und zwar zumeist aus dem Gefühl heraus, sie trügen zur sozialen Ungerechtigkeit bei. Obwohl Studien tatsächlich belegen, dass Jugendliche aus bildungsfernen und sozial schwachen Schichten einen deutlich schlechteren Zugang zur tertiären Bildung haben als etwa aus gehobenen und bildungsnahen Schichten, wird in der Debatte um Studiengebühren nicht ausreichend zur Kenntnis genommen, dass diese schichtabhängige finanzielle Ungleichheit sehr gut etwa durch ein breit angelegtes, gleichwohl an Leistung orientiertes *Stipendien-system* ausgeglichen werden könnte. Ähnliche sozial ausgleichende Effekte ließen sich auch durch andere Modelle, etwa durch „nachgelagerte“ Studiengebühren, erreichen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Studiengebühren in Deutschland jedenfalls keine signifikante abbrechende Wirkung auf Studieninteressierte hatten.

Während in Deutschland die private Mit-Finanzierung im vorschulischen Bildungsbereich das OECD-Niveau übersteigt, ist die Bereitschaft in die (eigene) tertiäre Bildung zu investieren, extrem gering.

EXZELLENZWETTBEWERB UND DIE FÖRDERUNG GUTER QUALITÄT

Der Wissenschafts- und Hochschulpolitik wird von der CDU-geführten Bundesregierung ein hoher Stellenwert zugemessen. Sie wird dementsprechend mit hoher Intensität gefördert. Der *Pakt für Forschung und Innovation*, der *Hochschul-pakt* sowie die *Exzellenzinitiative* gehören zu den prominenten Fördermaßnahmen.

Vor allem die Exzellenzinitiative mit ihrem stark ausgeprägten, an Qualität orientierten Wettbewerbsgedanken entfaltet eine überaus positive Wirkung. Sie strahlt auch auf jene Universitäten aus, die selbst nicht in die Förderung aufgenommen wurden, und führt auch dort zu einer größeren *Leistungsorientierung*.

Es ist kaum strittig, dass diese Fördermaßnahmen in geeigneter Weise weitergeführt werden sollten. Kontrovers wird jedoch die genaue Ausgestaltung der künftigen Förderinstrumente diskutiert.

Als gangbarer Weg bietet sich an, den in der letzten Runde erstmals erfolgreichen Projekten die Möglichkeit einer Verlängerung zu geben sowie die Exzellenzcluster und die Graduiertenschulen in die Regelförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu überführen.



Kritisch wird angemerkt, dass in der Exzellenzinitiative auch wissenschaftsfremde Aspekte berücksichtigt wurden, dass es zu „Showeffekten“ kam, und dass es nicht nur ein Wettbewerb um „gute Ideen“, sondern vor allem ein Wettbewerb um „mehr Geld“ gewesen sei. Es müsse aber in der Wissenschaft primär um die Erkenntnisproduktion gehen und nicht darum, Drittmittel heranzuschaffen. Diese kritischen Argumente unterstützen Überlegungen, die Exzellenzinitiative trotz ihrer positiven Wirkungen nicht mehr in der bisherigen, sondern in einer modifizierten Form weiterzuführen.

Auch zu den „Pakten“ werden Verbesserungsvorschläge geäußert, auch sie sollten – „systematisch“ – weiterentwickelt werden. Größter Schwachpunkt scheint die unterschiedliche Behandlung von außeruniversitären und universitären Forschungseinrichtungen zu sein, die eine Folge des „historischen Wachstums“ der Pakte sind, sich aber nicht in allen Punkten „rational“ begründen lassen. Trotz der positiven Effekte verursachen die Pakte somit einzelne *Verwerfungen im Wissenschaftssystem*, die künftig vermieden werden sollten. Als Aufgabe lässt sich formulieren, Funktionen und Organisationsstrukturen im Wissenschaftssystem klarer zu identifizieren und darauf eine konsistente Förderung aufzubauen.

MODERNISIERUNG DES WISSENSCHAFTS-SYSTEMS

Die Universität ist in funktionaler Hinsicht die zentrale Einrichtung des Wissenschaftssystems. Als solche bedarf sie *verlässlicher und planbarer Rahmenbedingungen* für ihre Weiterentwicklung, so dass sie auch bei zunehmender Aufgabenfülle leistungsfähig bleibt. Darüber hinaus muss über *ein modernes Leitbild* der Universitäten als Richtschnur für die künftige Entwicklung nachgedacht werden: Was soll Wissenschaft leisten? „Humankapital“ fördern? Innovationsprozesse unterstützen? Als Teil der Kultur den Erkenntnisprozess vorantreiben?

Universitäten, Fachhochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen agieren in unterschiedlichen Kontexten miteinander – teils als Kooperationspartner, teils arbeitsteilig, teils als Konkurrenten. Zwischen diesen Akteuren gibt es *ausgeprägte Asymmetrien*, die nicht nur die Finanzierung betrifft, sondern z.B. auch rechtliche Fragen. Beispielsweise erhalten durch den Pakt für Forschung und Innovation die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, nicht aber die Universitäten, höhere und dauerhaft verlässliche finanzielle Zuwächse. Das *Wissenschaftsfreiheitsgesetz* schafft gute strukturelle Voraussetzungen ebenfalls für die außeruniversitären Einrichtungen, während die Universitäten davon nicht profitieren. Die Asymmetrie, die von den Hochschulen als Benachteiligung empfunden wird, kann dazu führen, dass Forscher und Forschungsprojekte zunehmend die

Universitäten verlassen und zu den besser ausgestatteten außeruniversitären Forschungseinrichtungen verlagert werden. Ein solcher Trend würde die Universitäten schwächen, so dass sie ihrer tragenden Rolle im Wissenschaftssystem immer weniger gerecht werden könnten. Das Wissenschaftssystem in Deutschland würde damit tendenziell in eine Schieflage geraten, die seine Leistungsfähigkeit mindern würde.

Das im Vergleich zu Wissenschaftssystemen in anderen Ländern stark ausdifferenzierte deutsche Wissenschaftssystem bietet einen Standortvorteil, sofern Aufgaben, Funktionen und Strukturen der Akteure klar bestimmt sind, so dass ein spezialisiertes, effizientes, aufeinander abgestimmtes und sich ergänzendes Arbeiten möglich wird. Durch eine bessere Abstimmung könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Die Profilbildung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Hochschulen muss sich an den Zukunftserfordernissen orientieren, die auf moderne Wissenschaftsstandorte zukommen. Diese *Profilbestimmung* ist im Hinblick auf unterschiedliche Interessen jedoch schwierig und nicht unumstritten, wie z.B. am Strategiepapier „Helmholtz 2020“ zu erkennen ist, gehört aber dennoch zu den prioritären Anforderungen der Wissenschaftspolitik.

Deutsche Universitäten sind international zu wenig sichtbar. Sie schneiden in den entsprechenden Rankings vergleichsweise schlecht ab. Eine Verbindung zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, etwa nach dem Vorbild des Karlsruher Instituts für Technologie oder des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung könnte die *internationale Sichtbarkeit* verbessern. Auch Kooperationen nach dem Vorbild des Göttingen Research Council könnten Vorbildcharakter haben. „Leuchttürme“ wirken sich positiv auf das gesamte Wissenschaftssystem aus: Die Anwerbung begabter Studierender und hochqualifizierter Wissenschaftler aus dem Ausland wird erleichtert und die Forschungseinrichtungen werden als Kooperationspartner z.B. für F&E-intensive Unternehmen attraktiver.

Ohne die Forschungsfreiheit als ein hohes, verfassungsrechtlich abgesichertes Gut in Frage zu stellen, ist Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft auskunfts- und rechenschaftspflichtig. Ein in Politik und Gesellschaft zunehmendes *Nützlichkeitsdenken*, das von der Wissenschaft Ergebnisse erwartet, die in „nützlichen“ Produkten oder Dienstleistungen ihren Niederschlag finden, darf die *Forschungsfreiheit* in keiner Weise schmälern. Zu Recht gelten die Wissenschaften, insbesondere die Naturwissenschaften, als wichtigste Quelle für – wirtschaftliche und gesellschaftliche – Innovationen und rechtfertigen damit auch die hohen Investitionen der öffentlichen Hand in Wissenschaft und Forschung. Dennoch darf das Nützlichkeitsdenken ein bestimmtes Maß nicht



überschreiten, soll es nicht weite Bereiche der Wissenschaft gefährden, etwa die Geisteswissenschaften oder die sog. Kleinen Fächer. Deshalb muss neben der monetären auch die *gesellschaftliche Rendite* von Wissenschaft stärkere Beachtung finden.

Die *föderalen Strukturen* in Deutschland sind verfassungspolitisch gut begründet, sie stehen auch in Bildungs- und Wissenschaftsfragen grundsätzlich nicht zur Disposition und entfalten spezifische Stärken. Gleichzeitig können sie im globalen Wettbewerb der Forschungsstandorte – insbesondere aus der Perspektive anderer Länder – als „kompliziert“ und „archaisch“ empfunden werden. Seitens deutscher Wissenschaftsorganisationen wird eine Modernisierung des Föderalismus in Bezug auf Bildung und Wissenschaft angemahnt. Im Hinblick auf die Vielstimmigkeit der Länder werden die Schwierigkeiten, Reformen durchzusetzen, beklagt. Die institutionelle Förderung der Hochschulforschung durch den Bund – etwa durch eine Grundgesetzänderung (§ 91 b) – und das dauerhafte Engagement des Bundes im Hochschulbau gehören vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation der Hochschulen zu den zentralen Forderungen. Hochschulen sollten wieder stärker als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern verstanden werden.

WISSENSCHAFTSPOLITIK IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG

Die *intensive und nachdrückliche Förderung* von Wissenschaft und Hochschulen ist das besondere Verdienst der CDU-geführten Bundesregierung. Wissenschafts- und Bildungspolitik haben auf der politischen Agenda eine *hohe Priorität* erhalten; auch künftig sollten sie eine herausgehobene Beachtung finden. Dafür ist es notwendig, das *Bewusstsein für die Bedeutung der Wissenschaft* in Politik und Öffentlichkeit zu stärken.

Die Priorität für Bildung und für Forschung aufrecht zu erhalten, gestaltet sich im Hinblick auf die Sparzwänge der öffentlichen Haushalte und hinsichtlich konkurrierender Politikfelder als schwierig. Auch innerhalb der Bildungspolitik gibt es eine ausgeprägte Konkurrenz um die knappen Mittel, etwa zwischen den Bereichen Vorschule, Schule und Hochschule. Da in der öffentlichen Wahrnehmung eher kurzfristige Nutzungsinteressen im Vordergrund stehen und langfristige Erkenntnisinteressen der Wissenschaft politisch nur schwer vermittelbar sind, stehen Wissenschafts- und Hochschulpolitik tendenziell im Schatten anderer politischer Aufgaben. Umso mehr wird es darauf ankommen, die Bedeutung und die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft auch in breite Gesellschaftsschichten und ressortübergreifend in die Politik hinein zu kommunizieren.